

SPD diktiert Tabus für den Etat

Die Regierung versammelt sich zur Sparklausur - doch beim Hartz-IV-Etat redet die SPD mit: Sie wird für die Reform der Jobcenter noch gebraucht. Fraktionsvize Heil fordert ein Machtwort Merks.

Dietrich Creutzburg
Berlin

Die SPD fordert ein Machtwort von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei der Durchsetzung der geplanten Reform der Jobcenter im Hartz-IV-System - und gegen einen offenen Sparkurs im Bereich der Arbeitsverwaltung. Während sich die Regierung zur Haushaltsklausur ins Kanzleramt zurückgezogen hat, werden ihr damit von außen die Leitplanken für mögliche Einschnitte in den Sozialetat diktiert. Denn für den Umbau der Jobcenter muss das Grundgesetz geändert werden, was ohne die SPD nicht geht.

„Es ist dringend an der Zeit für eine klare Aussage der Bundeskanzlerin, dass die von Union, FDP und SPD gemeinsam getroffenen Vereinbarungen zur Jobcenter-Reform auch weiter gelten“, sagte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil dem Handelsblatt. „Wer meint, für eine kurzfristige Sparpolitik einzelne Bausteine aus dem gemeinsamen Konzept herausbrechen zu können, der riskiert das Scheitern des gesamten Pakets“, warnte er.

Hintergrund sind anhaltende Widerstände in der schwarz-gelben Koalition gegen Vereinbarungen, wonach beim Umbau der Jobcenter auch deren Personalausstattung verbessert werden soll. Schon vor der Haushaltsklausur der Regierung hatte vor allem die FDP entsprechende Absichten mehrfach infrage gestellt. Merkel selbst ging am Sonntag mit einer Interpretationsfähigen Aussage in die Klausur: Der Bereich des Sozialen müsse „effizienter gestaltet“ werden, mahnte sie.

Speziell die Thematik der Jobcenter ist dabei heikel. Denn die Regierung benötigt bei der geplanten Reform nach wie vor die Unterstützung der SPD für eine Grundgesetzänderung und zugleich besteht großer Zeitdruck: Die SPD-Fraktion hat das Bundes-



Grafik: Hermann / A. K. Foto: Frank

STREIT ÜBER BEFRISTETE JOBS

Beschluss Die im März von Bund und Ländern beschlossene Jobcenter-Reform sieht unter anderem vor, 3200 bisher befristete Arbeitsverhältnisse in den Jobcentern in dauerhafte Stellen umzuwandeln.

Problem Weil dauerhafte Stellen den Staat haushaltstechnisch stärker belasten, blockiert die FDP die Freigabe der Mittel.

Beschäftigte der Jobcenter

Mitarbeiter* in den Arbeitsgemeinschaften nach Personalherkunft 2009



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

verfassungsgericht gesetzt. Nach seiner Vorgabe dürfen die 440 regionalen Jobcenter, die sich um bundesweit 6,8 Millionen Menschen kümmern, in der bisherigen Form nur noch bis Ende 2010 betrieben werden.

Teil des im März von Bund- und Landesvertretern der Parteien ausgehandelten Reformpakets ist unter anderem eine Zusage der Regierungskoalition, 3200 bisher befristete Arbeitsverhältnisse für Jobcenter-Mitarbeiter in dauerhafte Stellen umzuwandeln. Mit fast einem Fünftel ist der Anteil befristeter Jobs in den Jobcentern noch immer weitaus höher als in den meisten Unternehmen. Dies gilt als ein Grund für die zuweilen wenig effektiv funktionierende Hilfe für Langzeitarbeitslose.

Dauerhafte Stellen belasten den Staat allerdings haushaltstechnisch stärker als befristete. Eine entsprechende Mittel freigabe war vor diesem Hintergrund bereits zweimal von der FDP im Haushaltsausschuss des Bundestages blockiert worden - und könnte nun womöglich endgültig den Sparbemühungen für den Bundeshaushalt 2011 zum Opfer fallen. Umgekehrt droht aber ein echtes Chaos in der Arbeitsverwaltung, sollte der organisatorische Umbau doch noch scheitern.

Westerwelle, Merkel, Schäuble vor der Klausur: Die FDP fordert ein Machtwort der Kanzlerin

„Ein klärendes Wort der Kanzlerin ist schon deshalb nötig, weil Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen in der Koalition offenbar nicht mehr die nötige Autorität hat, so zentrale Vereinbarungen durchzusetzen“, sagte SPD-Fraktionsvize Heil. Auch die Haushalter müssten im Umgang mit dem Arbeitsetat wissen: „Wer an der falschen Stelle kurzfristig spart, wird damit langfristig deutlich höhere Folgekosten in Form von Arbeitslosigkeit auslösen.“

Unter dem Strich sind durch den Jobcenter-Kompromiss Milliardenbeträge faktisch zur sparpolitischen Tabuzone erklärt. Neben der Entfristung der 3200 Stellen pocht die SPD darauf, dass die bereits 2005 festgelegten Betreuungsrelationen in den Jobcentern künftig konsequent gewährleistet werden. Danach soll auf je 150 erwachsene Arbeitssuchende ein Betreuer kommen, für Jugendliche soll der Schlüssel sogar 1:75 sein.

Auch der Bundesrat macht massiv Druck

Zusätzlich pochen die Sozialdemokraten auf die Zusage, dass sich die Regierungskoalition verpflichtet, die Etatmittel für die aktive Arbeitsförderung im Bereich Hartz IV zu „versteifigen“. Im Etat 2010 sind dafür 6,6 Mrd. Euro vorgesehen. Ein Zehntel des Planvolumens hatten die schwarz-gelben Haushalter indes zunächst gleich wieder gesperrt - Arbeitsministerin von der Leyen bekam die Mittel erst nach einer Machtwortprobe wieder frei.

Zusätzliches Ungemach bahnt sich parallel im Bundesrat an: Einerseits forderten die Länder die Bundesregierung am Freitag ebenfalls förmlich auf, die Etatmittel zur Entfristung der umstrittenen 3200 Stellen freizugeben. Zugleich beschlossen sie aber, angeführt von der Unionsseite, ein Paket mit 37 Änderungsanträgen für den Jobcenter-Reformentwurf, der derzeit im parlamentarischen Verfahren ist.

Umso genauer sehen sich Union und FDP bei ihrer Klausur benachbarte Bereiche des Sozialerats an. Unter anderem wollen sie die Zuschüsse zur Rentenversicherung streichen, die der Bund bisher für Hartz-IV-Empfänger zahlt. Zudem ist geplant, beim Wehrgeld für geringverdienende Erwerbstätige zu sparen. Dort stehen die in der alten Legislaturperiode eingeführten Heizkostenzuschüsse auf dem Prüfstand. Details sollen heute Nachmittag verkündet werden.

H Die neuesten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt handelsblatt.com/arbeitsmarkt

H. P. Grüner: „Kürzen Politiker ihre Lieblingsprojekte, erhöhen

die Regierung steht unter Druck: Wie genau soll sie sparen? Tipps, wie sie die unbeteuerte Sparpolitik den Wählern am besten verkauft, gibt Ökonom Hans Peter Grüner im Gespräch mit Handelsblatt-Redakteurin Dorit Heß.

Handelsblatt: Die Regierung muss tun, was jeder Politiker scheut: sparen. Wie kann sie dafür den Rückhalt der Bevölkerung gewinnen?
Hans Peter Grüner: Breiten Widerstand verringert sie am besten, indem sie kleinen Gruppen viel abverlangt. Vermögensabgaben sind daher attraktiv, der Verzicht auf ein Kinderbonusgeld ist eher unattraktiv.

HB: Die Mehrwertsteuererhöhung fällt flach?
Grüner: Sie ist nicht ratsam, weil sie eine große Gruppe trifft. Wenn sich Berlin dennoch dazu entschliesst, sollte es gleichzeitig Sozialgeschenke rückgängig machen. Damit vermittelt sie über das Gefühl, es geht ge-

recht zu. Dazu trügen auch symbolische Schritte bei. Ein teurer Empfang für die Gewinnerin eines Gesangswettbewerbs, bei dem ein Ministerpräsident auf dem Rollfeld wartet, bewirkt das Gegenteil.

HB: Gibt es international Vorbilder?
Grüner: Länder mit Mehrheitswahlrecht haben geringere Staatsausgaben als Länder, in denen kleine Parteien mitregieren. Denn in Ländern mit proportionalem Wahlrecht wird nach dem Motto gehandelt: Es muss für jedes Regierungsmitglied etwas dabei sein. Das beste Beispiel sind die von FDP und CSU durchgesetzten Steuersenkungen für Hotelübernachtungen und die Steuerbefreiung für Unternehmenserben.

HB: Ändern Bürgerentscheide etwas?
Grüner: Ja. Eine Studie, in der Schweizer Kantone verglichen werden, zeigt: Wo Bürger das



Hans Peter Grüner, Ökonom der Uni Mannheim, forscht über die Akzeptanz von Reformpolitik.

Haushaltsbudget absagen müssen, fällt es im Vergleich zu den anderen Regionen kleiner aus. Die Abwrackprämie wäre in einer direkten Demokratie sicher nicht ohne weiteres durchgekommen. Dass sie im deutschen Bundestag große Zustimmung fand, verdankt sie vor allem der außerordentlich starken Lobby einer Branche. Die Politiker set-

„sie ihre Glaubwürdigkeit“

zen darauf, dass die Wähler solch ökonomisch fragwürdige Maßnahmen bis zur nächsten Wahl längst vergessen haben.

HB: Sehen sie angesichts dieser Erfahrungen eine Chance, dass der Bundesregierung die Rückführung der Neuverschuldung gelingt?
Grüner: Ja, wenn die Politiker eine zu ihnen passende Politik machen. Kürzen sie ihre eigenen Lieblingsprojekte, erhöhen sie ihre Glaubwürdigkeit - weil sie damit zeigen, dass sie keine andere Wahl haben. Legte die FDP Konzepte zum Subventionsabbau beim Mittelstand vor oder ein Sparprogramm für den Haushalt des Auswärtigen Amtes, hätte das eine besondere Glaubwürdigkeit beim Wähler. Schlägt die Regierung Kürzungen im Sozialbereich vor, wäre die Signalwirkung geringer. Verteidigungsminister zu Guttenberg hat das offenbar verstanden, das zeigen seine Sparvorschläge für die Bundeswehr.